

Robert
Zion
Noch eine
Chance
für die
Grünen
*Eine
Streitschrift*

Herbst 2013

Vorbemerkung

*Der vorliegende Text ist bewusst in einer neutral
journalistischen und nicht in der bei Grünen üblichen
Wir-Form und in der gegenderten Form geschrieben.
Damit soll lediglich der nicht nur parteiöffentliche
Charakter dieser Streitschrift dokumentiert werden.*

Robert
Zion
Noch eine
Chance
für die
Grünen

*Eine
Streitschrift*

Herbst 2013
[Endfassung]

Inhalt

<i>I</i>	Die Grünen am Scheideweg	3
<i>II</i>	Die alte Frage bürgerlicher Parteien	5
<i>III</i>	Strategie und Programm zusammenführen	6
<i>IV</i>	Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung	8
<i>V</i>	Die Konservativen	10
<i>VI</i>	Die Sozialdemokraten (SPD und Linke)	12
<i>VII</i>	Die Liberalen (FDP und AfD)	13
<i>VIII</i>	Flügelkämpfe	16
<i>IX</i>	Aus der Schwäche eine Stärke machen	17
<i>X</i>	Expansion und Eigensinn	19
<i>XI</i>	Freiheit als Grüne Aufgabe	22

I

Die Grünen am Scheideweg

Wenn die sich im Jahr 2013 gerade zusammen findende Große Koalition aus CDU/CSU und SPD ihre Legislaturperiode bis 2017 überstehen sollte, dann werden die Grünen insgesamt zwölf Jahre nach Rot-Grün in der Opposition verbracht haben. Über dreißig Jahre Opposition stünden dann gerade einmal sieben Jahre Regierungsbeteiligung im Bund gegenüber. Dennoch wird sich kaum verleugnen lassen, dass die Grünen mit ihrem normativen Zentrum der Ökologie die politische Landschaft in der Republik nachhaltig verändert haben.

Während bis zur Regierungsbeteiligung 1998 in der Partei zum Teil aufwühlende Selbstfindungs- und Verortungsprozesse stattfanden, in denen diese sich ihrer extremen linken und rechten Ränder entledigt hat, wird bis 2017 ein gänzlich anderer Selbstfindungs- und Verortungsprozesse stattfinden müssen. Als in der deutschen Parteienlandschaft endgültig etablierte politische Kraft steht den Grünen nun eine Richtungsentscheidung bevor. Jedenfalls dürfte eine dritte Große Koalition nach 2005 und 2013, für die die bündnispolitischen Entscheidungen der Grünen nicht ganz unwesentlich waren, weder in der eigenen Wählerschaft noch in der politischen Landschaft im Allgemeinen zu vermitteln sein.

Die Grünen stehen daher in den kommenden vier Jahren vor dem vielleicht schwierigsten

Verortungsprozess ihrer Geschichte. Mit einem zweiten Abspaltungsprozess der Ränder wird dieser Verortungsprozess nicht mehr zu lösen sein, da das erstmalige Unterscheidungskriterium zwischen „Fundis“ und „Realos“ – Fundamentalopposition versus Regierungsbeteiligung – vollständig hinfällig geworden ist. Die Grünen können – und wollen – regieren und sie können – und gehen notfalls auch in die – Opposition. Sie sind eine normale, etablierte Partei im Parteienspektrum geworden, mit linken, rechten und gemäßigten Strömungen, mit Parteiliten und Führungsreserven, mit parteiinternen Karrierenetzwerken.

Die Tatsache, dass die Grünen bislang ihre Entscheidungen für beziehungsweise gegen Regierungsbeteiligungen nahezu immer von der Mehrheitsfähigkeit der Sozialdemokraten abhängig gemacht haben, hat der Partei bisher eine ernsthafte Auseinandersetzung über ihre Verortung erspart. Hinzu kommt, dass sie als Programm- und Konzeptpartei sowohl traditionalistisch linke, wie auch liberale und wertkonservative Politikvorstellungen in sich vereint. Daraus gerade entspringt in der politischen und medialen Öffentlichkeit ein – vorsichtig formuliert – sehr volatiles Grünen-Bild, das zwischen „linken Etatisten“, „neoliberalen Verrätern“ und Schwarz-Grün als dem „neuen, spannenden Projekt“ je nach eigener politischer Interessenlage und Wahrnehmung schwankt. Die Grünen im Jahr 2013 sind daher sehr wohl eine ernstzunehmende Programmpartei, machtpolitisch aber sind sie innerhalb des klassischen Parteien- und Wertekanons von links,

liberal und konservativ mittlerweile orts- und richtungslos geworden. Die Grünen stehen daher am zentralen Scheideweg ihrer Geschichte.

II

Die alte Frage bürgerlicher Parteien

Die soziografische Struktur der Grünen Mitglieder- und Wählerschaft ist eindeutig, es ist die Mitte einer sich rasant verändernden Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft: Beamte, Selbstständige und Angestellte, das Bildungsbürgertum bis hin zu den Besserverdienenden. Dabei ist die Frage, wie sich solch ein „exklusives“ Bürgertum und dessen politische Repräsentanz innerhalb der sozialen und gesellschaftspolitischen Umbrüche und Machtauseinandersetzungen verortet, wohl die älteste Frage aller bürgerlichen Parteien. Vom Nationalliberalismus des 19. Jahrhunderts, über das Schisma von DDP und DVP in der Weimarer Republik, bis hin zum zweimaligen Richtungswechsel der FDP von 1969 und 1982, ließe sich diese Frage am Werdegang – und aktuellen Niedergang – der Liberalen geradezu exemplarisch aufzeigen.

Sozialdemokraten wie Konservative andererseits erheben ihren Anspruch als Volksparteien, weil sie in der modernen Massengesellschaft jeweils einen bestimmten

Wertekanon der Mehrheit für sich zu reklamieren und durchzusetzen versuchen. Klassisch bürgerliche Parteien jedoch stellen an die Gesellschaft den Anspruch ihres jeweils eigenen *Konzepts*. Dadurch ist ihre machtpolitische Stellung seit jeher prekär. Dadurch auch die prinzipielle Anfälligkeit, in die Rolle als Funktionspartei eines Lagers, oder die als Scharnierpartei zwischen den Lagern herabzurutschen. Nun kann und sollte dies nicht die einzig denkbare Alternative für die Grünen im Jahr 2013 sein.

III

Strategie und Programm zusammenführen

Die Grüne Eigenständigkeit und auch das Novum in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland liegt im identitätsstiftenden Charakter der Grünen als Programm- und Konzeptpartei, also in dem, was die Liberalen immer nur temporär – etwa in den siebziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts (Freiburger Thesen) – aber nie nachhaltig ausfüllen und mit machtpolitischem Leben erfüllen konnten. Doch bei stetig zunehmenden Mitgliederzahlen und Stimmenzuwächsen wird sich die Partei bei eben solchen machtpolitischen Fragen nicht mehr länger hinter den Sozialdemokraten (der SPD wie der Linken) verstecken können. Das Grüne Gesellschaftskonzept, das sich im programmatischen

Dreiklang von ökologischer Nachhaltigkeit, sozialer Gerechtigkeit und gesellschaftlicher Freiheit ausdrückt, verlangt daher nach einer Zusammenführung von Theorie und machtpolitischer Praxis, von Programm und Bündnisstrategie.

Dabei kann die Zukunft der Partei nicht darin liegen, den Fehler, zur Funktionspartei an der Seite der SPD geworden zu sein, damit auszugleichen, nun zu einer Scharnierpartei zwischen den beiden Volksparteien werden zu wollen. Denn die Frage des Erhalts unserer natürlichen Lebensgrundlagen ist als *Konzept* für diese Gesellschaft ebenso fest mit der sozialen Frage verbunden – genauer mit einem sozial-ökologischen Interessenausgleich (*Green New Deal*) – wie mit der Frage, darüber nicht in einen überregulierenden Etatismus abzugleiten und somit den gesellschaftspolitischen Anspruch von Freiheit und Selbstbestimmung zu opfern.

Die Grünen, die als Konzeptpartei in ihrem Programm stetig ein *Idealbild* der Gesellschaft entwerfen, stoßen immer dann regelmäßig auf die realen machtpolitischen Widersprüche und Interessengegensätze, wenn es zur Umsetzung, zum Praxistest kommt, ob nun bei der Energiewende (Kostenverteilung, Landschaftsschutz etc.) oder bei der Asyl- und Flüchtlingspolitik (Fremdenangst, regionale Widerstände etc.). Immer ist dies darauf zurückzuführen, dass es eben primär nicht um sachpolitisch zu lösende Fragestellungen, sondern um machtpolitische Auseinandersetzungen geht,

dass Politik eben immer noch weit mehr ist als Verwaltung und fachliche Organisation. Am Praxistest selbst erweist sich die Erzählung, dass es keine Lager und unterschiedlichen Wertevorstellungen und Interessen mehr gebe, regelmäßig als Mär.

Darum auch wird Grüne Politik nur in Machtbündnissen wirklich funktionieren und darum auch sind Koalitionsverhandlungen weit mehr als nur das Übereinanderlegen der Spiegelstriche der jeweiligen Parteiprogramme.

IV

Selbstwahrnehmung und Fremdwahrnehmung

Sogar ohne die Grünen würde diese Gesellschaft eine Wahrnehmung davon haben, dass die ökologische Frage zur Überlebensfrage wird (Klimawandel, Ressourcenverknappung etc.), dass es eine zunehmende soziale Spaltung gibt (Altersarmut, soziale Auslese im Bildungssystem, prekäre Beschäftigung etc.), dass unsere Freiheitsrechte in die Defensive geraten sind (Flüchtlings- und Asylproblematik, staatliche Ausschnüffelei, überzogener Sicherheitsbegriff etc.). Die politische Bearbeitung des Grünen Dreiklangs von Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit ist für die Partei also nicht exklusiv. Vielmehr verdichtet und

erhitzt sich dieser Dreiklang in der Grünen Programmatik für diese Gesellschaft und die anderen Parteien wie in einem Brennglas. Als Konzeptpartei nehmen die Grünen daher eine Stellung ein, die die Sozialdemokratie verloren zu haben scheint, sie sind die *progressive Partei per se*.

Daraus ist in den letzten Jahren innerhalb des Grünen Milieus und bei den Parteimitgliedern zum Teil eine fragwürdige Kommunikationspraxis entsprungen: der Gesellschaft und den anderen Parteien etwas als je eigene exklusive Erkenntnis zu „verkaufen“, was diese Gesellschaft über die Lager hinweg jedoch längst realisiert hat. Zudem nicht selten in einem moralisierenden Tonfall. Das „Besserwisser- und Bevormunder“-Image der Partei hat hierin – und nur hierin – seine Ursache. Die Differenz zwischen den Grünen und den anderen Parteien liegt eben nicht in der Erkenntnis/Nicht-Erkentnis, sie liegt in *unterschiedlichen Vorstellungen der politischen Bearbeitung* der Fragen der Ökologie, der Gerechtigkeit und der Freiheit. Die erheblich Divergenz von Selbst- und Fremdwahrnehmung entstand dabei aus einer Tendenz bei den Grünen, dass sich die Partei zu einem guten Teil bereits innerlich aus dem Lagerdenken zugunsten eines oftmals moralisierenden und technokratisierenden Politikansatzes verabschiedet hatte – und dies in einer reellen politischen Situation, in der die Gräben zwischen konservativen und progressiven Kräften in der Bundesrepublik wieder so tief geworden sind, wie seit langem nicht mehr.

Diese Gräben sind schwer zu fassen, da sie nicht mehr nur vertikal entlang der politischen links-rechts-Schiene verlaufen. Sie verlaufen heute eher horizontal, es sind „Oben-Unten-Probleme“, sie verlaufen zwischen Banken und Konzernen, einer gesicherten und einer prekären Mittelschicht, einer größer werdenden Zahl von Abgehängten oder denen, die sich gänzlich aus der demokratischen Organisation des Gemeinwesen verabschiedet haben. So steht also einer Grünen Selbstwahrnehmung einer gewissen Exklusivität für das Sensorium der großen Fragen der Zeit eine vollkommen andere Fremdwahrnehmung gegenüber: für Konservative, Linke wie für unterschiedliche gesellschaftliche Macht- und Interessengruppen sind die Grünen aufgrund ihrer machtpolitischen Uneindeutigkeit bestenfalls eine Projektionsfläche, für andere ein politisches Neutrum geworden.

V

Die Konservativen

Das Wahlergebnis von 2013 sollte uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass der deutsche Konservatismus nach wie vor in einer tiefgreifenden Modernisierungskrise ist. Die Strategie von Angela Merkel, in der Absicht die eigene Hegemonie zu halten, ist *die* konservative Strategie schlechthin: die politische Entschärfung

fundamentaler Modernisierungskonflikte in der Gesellschaft über die Vermittlung von „verlässlicher“ Führung, Stabilität und Kontinuität. Dieser an die Ära Kohl erinnernde „Politik“-Stil ist die bisher wirkungsvollste Entpolitisierungsstrategie in der Geschichte der Bundesrepublik. In dieser Situation treffen CDU/CSU auf eine Grüne Partei, die nicht nur ihre bisherige Rolle als Funktionspartei an der Seite der SPD aufgeben, sondern die den Konservativen eben genau als jenes machtpolitische Neutrum erscheinen muss.

Die gesellschaftliche Machtbasis der Grünen ist noch relativ schwach und für die Konservativen nicht relevant. Fukushima und Stuttgart 21 sind als Sondererscheinungen der Nachweis dafür, nicht dagegen. Solange Angela Merkel die ökologische Wende im relativ moderaten Tempo der internationalen Wirtschafts- und Staatengeflechte vollführen, solange sie auch in einer Zweit-Drittel-Gesellschaft noch parlamentarische Mehrheiten erringen und solange sie die drastische Einschränkung der Freiheits- und Bürgerrechte noch mit dem Bedürfnis nach Sicherheit und nationaler Gemeinschaft legitimieren kann, solange sind Offerten der Konservativen für ein Koalitionsbündnis für die Grünen nicht wirklich ernst zu nehmen. Die Grünen wären 2013 nur von einer Funktionspartei an der Seite SPD zu einer Funktionspartei an der Seite der CDU/CSU geworden. Doch welche Optionen haben die Grünen dann eigentlich noch reell? Ewige Opposition? Ein Scharnier zwischen den Lagern? Rückkehr in den „Schoß“ der SPD? Vermittlerin zwischen SPD und

Linken?

VI

Die Sozialdemokraten (SPD und Linke)

Die Sozialdemokratie befindet sich in einer noch tiefgreifenderen Modernisierungskrise als der deutsche Konservatismus. Im Nachgang der Wiedervereinigung und aufgrund fortschreitender sozialer Verwerfungen ist sie nicht nur in eine rechts- und eine linkssozialdemokratische Partei gespalten, sie hat zudem ihren Anspruch als progressive Programmpartei nahezu vollständig eingebüßt. Derzeit fungiert die Sozialdemokratie daher sowohl als Staatsverwaltungspartei (SPD) wie auch als parlamentarische Sperrminorität der Abgehängten dieser Gesellschaft (Die Linke). Machtstrategisch ist diese Konstellation kaum noch auflösbar. So treiben die sich auf zwei Parteien verteilenden Flügel noch auf kaum absehbare Zeit in unterschiedliche Richtungen: in die Arme der regierenden Konservativen die einen, die anderen in die Arme von sich selbst.

Zwar gibt es im Jahr 2013 für SPD, Linke und Grüne eine parlamentarische Mehrheit, auch programmatisch sind die Übereinstimmungen nicht gerade gering, doch stehen hinter allen dreien derartig unterschiedliche machtpolitische Konzeptionen, dass Rot-Rot-Grün vielleicht noch von vielen gewünscht aber von kaum einem überhaupt schlüssig durchbuchstabiert wird. Und: kann eine bürgerliche Partei wie die Grünen mit

noch relativ geringer und prekärer Machtbasis solch eine Dreierkonstellation und damit die perspektivische Wiederausführung der Sozialdemokratie – denn nichts anderes wird es sein können – überhaupt organisieren? Zumindest starke Zweifel daran scheinen angebracht.

VII

Die Liberalen (FDP und AfD)

Über die Jahrzehnte hat sich der Liberalismus in der Außenwahrnehmung und Selbstverortung in der Bundesrepublik mit der FDP fest im Wirtschaftsliberalismus eingerichtet. Die Erinnerung daran, dass in der Nachkriegszeit politische Stabilität nur ein Synonym für wirtschaftliche Prosperität gewesen ist, sitzt bei den Deutschen tief. Darum auch konnte ein Satz wie: „Wenn es der Wirtschaft gut geht, geht es dem Land gut“, beinahe zum alleinigen Mantra einer Partei werden; darum auch saß die FDP bis 2013 ununterbrochen im Bundestag und hatte die meiste Zeit in der Republik ihren Platz auf der Regierungsbank inne.

Als Angela Merkel der FDP 2013 die Leihstimmen verweigerte und auf die absolute Mehrheit spekulierte, war die FDP als die programmatisch und personell entkernte Honoratioren- und Funktionspartei, zu die sie an der Seite von CDU/CSU geworden war, nahezu wehrlos.

Die kurze Phase der sozial-liberalen Koalition Brandt/Scheel und des programmatisch fundierten Sozial- und Bürgerrechtsliberalismus der Freiburger Thesen Werner Maihofers, Karl-Hermann Flachs und Gerhart Baums, hatte der Partei gerade einmal den Schwenk in den Nationalliberalismus erspart, nachhaltig gewirkt hat sie nicht. Mit dem Aufkommen der Alternative für Deutschland (AfD) bei der Wahl 2013 scheint zudem auch die in der Bundesrepublik lange vakante Stelle des Nationalliberalismus wieder besetzt.

Die Grünen haben derweil andere Vakanzen des Liberalismus in Deutschland programmatisch nach und nach besetzt. Sowohl den Grundsicherungsgedanken bei den Sozialversicherungen, den Karl-Hermann Flach bereits 1971 einforderte, wie auch den Bürgerrechtsgedanken, dass der Staat nicht nur zum Schutz des Einzelnen da sei, sondern auch der Einzelne vor dem Zugriff des Staates geschützt sein müsse. Ebenso der Gedanke des Minderheitenschutzes und der möglichst freien Entfaltung individueller Selbstbestimmung. So lesen sich dann auch so manche programmatischen Einwürfe zum Umweltschutz, zur Frauenemanzipation, zu den Bürgerrechten, zur Besteuerung ungleich verteilter Vermögenszuwächse und zur Reform der sozialen Sicherung der FDP aus den siebziger Jahren wie frühe Versuche eines Grünen Konzepts. Als bürgerliche Honoratiorenpartei hat die FDP so am Ende vielleicht noch beindruckende politische Persönlichkeiten wie Werner Maihofer, Karl-

Hermann Flach, Gerhart Baum, Helga Schuchardt, Burkhard Hirsch oder Hildegard Hamm-Brücher hervorgebracht, doch ist es diesen nicht gelungen, die FDP auch machtpolitisch als ernsthafte sozial- und bürgerrechtsliberale Kraft aufzustellen. Bestimmt haben den Kurs andere. Der „Zug nach Manchester“ (Helga Schuchardt) wurde von Mischnick, Friderichs, Lambsdorff, Genscher und Westerwelle gelenkt.

Die FDP wird wohl nur wieder auf die bundespolitische Bühne zurückkehren, wenn sie in ihrer Rolle als wirtschaftsliberale Funktionspartei an der Seite der Konservativen von diesen erneut gerufen wird. In den schwarz-grünen Sondierungen von 2013 war genau dies die Drohung von Angela Merkel an die Grüne Delegation. Eine andere Option hat die FDP nicht mehr, denn die Stellen des Nationalliberalismus und des Sozial- und Bürgerrechtsliberalismus sind auf unbestimmte Zeit von der AfD beziehungsweise den Grünen programmatisch besetzt. Die Grünen haben diesen ihren Anspruch auf ihrer ersten Bundesdelegiertenkonferenz nach der verlorenen Wahl 2013 sogar per Beschluss untermauert: „Wir wollen zeigen, dass der Deutsche Bundestag mit der FDP nur eine neoliberale Partei verloren hat, nicht aber eine Kraft für einen verantwortungsvollen Liberalismus. Selbstbestimmung und Liberalität sind bei uns Grünen zu Hause.“

VIII

Flügelkämpfe

Die Flügelauseinandersetzungen bei den Grünen nach der Wahl 2013 erscheinen wieder hart und unversöhnlich. Sie sind zum einen auf lang tradierte regionale Unterschiede – die eher wertkonservativen Südwestgrünen standen bereits immer den eher sozial orientierten Grünen etwa aus Nordrhein-Westfalen gegenüber –, zum anderen eben auf die schwindenden macht- und bündnispolitischen Optionen zurückzuführen. Vorerst noch erscheinen dann auch Äußerungen der Flügelvertreter wie Versuche, ihren jeweils eigenen Flügel als Fürsprecher entsprechender neuer Bündnisse aufzustellen: Schwarz-Grün bei den „Realos“, Rot-Rot-Grün bei den „Linken“. Darin liegt derzeit die vielleicht größte Gefahr für die Partei. Denn mit beiden Optionen droht der Charakter der Grünen als Konzeptpartei verloren zu gehen, das Programm am Ende parteiintern dann eher als ein Blockade- denn als ein Ermöglichungsprogramm wahrgenommen zu werden. Denn der Grüne Dreiklang aus Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit umfasst eben das gesamte klassische politische Spektrum – von wertkonservativ über liberal bis links – und ist zudem in vielfältiger Weise ineinander verschränkt.

Der Gordische Knoten, den die Partei hierbei zu lösen hat – programmatischer Anspruch hier und machtpolitische Richtungslosigkeit dort –, lässt sich

kaum mit einem Hieb durchtrennen. Er verlangt die mühevollle Kleinarbeit des Entwirrens. Dabei könnte es zunächst sehr hilfreich sein die Flügelkämpfe einzustellen und die kommenden Jahre zu nutzen, sich aus der je eigenen Flügelperspektive einmal sehr genau die jeweiligen Parteien anzuschauen, mit denen Bündnisse gewünscht werden. Warum eigentlich sollten CDU/CSU bei ihrer erfolgreichen Machtstrategie und bei entsprechendem Wählerzuspruch von ihren Positionen in wesentlichen Punkten abrücken? Wo eigentlich sind bei der Sozialdemokratie die personellen Optionen und programmatischen Ansätze und Gesellschaftsanalysen, um diese erstens wieder zusammenzuführen und zweitens wieder mehrheitsfähig zu machen? Die gegenwärtigen Flügelkämpfe bei den Grünen verdecken vorerst noch, dass die Alternative eben nicht Schwarz-Grün oder Rot-Rot-Grün heißt, sondern programmatischer Substanz- und Glaubwürdigkeitsverlust *oder* fehlende Regierungsoption.

IX

Aus der Schwäche eine Stärke machen

Keine Parteiversammlung auf unterschiedlichsten Ebenen, kein Parteitag, auf denen nicht mittlerweile unisono die Grüne Eigenständigkeit betont wird. Doch wie ernst ist dies

eigentlich gemeint? Bereits der zweite Blick zeigt, dass, sobald entsprechende neue Koalitionsoptionen genannt werden, das fein austarierte Gleichgewicht zwischen den Grundströmungen innerhalb der Partei ins Wanken gerät. Unterhalb des reinen Programms sitzen die jeweiligen pluralen Wertebasen tief verankert, in wertkonservativ-kirchlichen Zusammenhängen, bei der Geschlechterpolitik, den Bürger- und Menschenrechten und den sozial kodierten Gerechtigkeitsansprüchen. Die entscheidende Frage für die Zukunft der Partei ist daher, ob das Grüne Projekt in seiner Heterogenität bereits so zusammengebunden ist, dass es den hohen Anspruch der Eigenständigkeit auch machtpolitisch erfüllen kann. Anders und als Frage ausgedrückt: *Sind die Grünen neben den Konservativen und den Sozialdemokraten bereits die dritte eigenständige politische Kraft im Land und nehmen sie sich bereits selbst als eine solche wahr?*

Die Antwort lautet: es ist die einzige Chance, die die Partei noch hat. Mit Gelassenheit, Beharrlichkeit und Mut die Sozialdemokratie als zentrale progressive Kraft im Land nicht nur *de jure* sondern auch *de facto* abzulösen, das ist die Aufgabe, die Entwirrung des Gordischen Knotens, die tatsächliche Einlösung des Anspruchs der Eigenständigkeit. Die vollständige Verabschiedung vom rot-grünen Projekt, das bei der Bundestagswahl 2013 nur noch ein Gespensterdasein fristete, ist dabei die eine Grundvoraussetzung, die entschiedene Ablehnung des Angebots der Konservativen, die FDP als Funktionspartei an deren Seite zu ersetzen, die andere. Das, was bisher noch die machtpolitische

Schwäche der Grünen gewesen ist, ihr einmaliger Charakter als Programm- und Konzeptpartei, muss zu ihrer großen Stärke werden.

X

Expansion und Eigensinn

Trotz des Rückschlags von 2013 können die Grünen ein stetiges Wachstum ihrer Mitgliederzahlen wie auch der Stammwählerschaft verbuchen. Der personelle Umbruch nach der Wahl zeigte zudem, dass die Partei sehr wohl eine Führungsreserve hat, die sie endgültig aus der Anmutung eines Ein-Generationen-Projekts befreien wird. Auch wurden die beiden großen Schwächen des Bundestagswahlkampfes 2013 in der Partei breit erkannt, die Bindung an die SPD ohne wirkliche Machtoption wie auch die mangelhafte Vermittlung des Freiheitsbegriffs als drittes zentrales Element im Grünen Dreiklang. „Aufgabe von Politik aus Grüner Sicht ist es, die Freiheit des einen mit der Freiheit des anderen zusammenzubringen, für jede und jeden die größten Entfaltungschancen zu ermöglichen“, so der neue Fraktionsvorsitzende Toni Hofreiter im Oktober 2013 in der ZEIT. Diese Definition von Freiheit ist von der des linksliberalen Karl-Hermann Flach nicht mehr weit entfernt, für den Freiheit nicht nur eine rein formale, sondern immer die reelle Freiheit der größtmöglichen Zahl von Menschen ist.

Für das normative Zentrum der Grünen, die Ökologie, gilt, dass die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen unsere Gesellschaften in regulatorische Zwänge und Verteilungskämpfe treiben würde, die dem Freiheitsbegriff jegliche Grundlage entziehen könnte. Bezüglich der gewaltigen Aufgabe einer ökologischen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft ist dies auch die Aufgabe, an dem die Grünen am intensivsten in der Vermittlung zu arbeiten haben: Nicht den Zweck einer nachhaltigen Lebensweise unter allen Umständen und mit allen nur denkbaren Mitteln zu erreichen, sondern eine nachhaltige Gesellschaft *bauen* zu müssen und eben nicht die Menschen mit ökologisch-ethischen Vorschriften beherrschen zu wollen.

Der zur Staatsverwaltungs- und Funktionärspartei gewordenen SPD fehlen mittlerweile solche übergeordneten Ziele und Gesellschaftsanalysen. Innerparteilich erstarrt, fehlt ihr sowohl ein zeitgemäßer Fortschrittsbegriff wie auch das Personal, um einen solchen überhaupt erst wieder zu entwickeln und dann auch machtpolitisch durchzusetzen. Sowohl bei der Energiewende wie auch bezüglich der tiefgreifenden Umbrüche in der Arbeitsgesellschaft verharrt die SPD in traditionalistischen Analysen und Konzepten, die gerade einmal einen Reformbegriff hervorbringen, der im weitestgehenden Einklang mit den Konservativen konsensual für notwendig erachtet wird. Eine Führungsreserve, die diesen Anspruch auch für sich erhebt und die längst überfällige Ablösung der von *New Labour* überkommenen

Funktionärselite anstrebt, ist nicht erkennbar.

Diese SPD ist den Grünen nicht „näher“ als die CDU/CSU, sie ist sowohl Hauptkonkurrent für eine progressive Politik und das größte machtpolitische Hindernis für die Wiedererlangung von Regierungsoptionen bei den Grünen. Diese müssen nur ihren Expansionskurs weiter verstetigen und ihren Dreiklang von Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit sowohl programmatisch schärfen wie auch als solchen ins Zentrum ihrer Vermittlungsstrategien stellen. Dabei sollten vor allem die Elemente in der Grünen Sozialpolitik überdacht werden, die sich noch zu sehr am protestantischen Arbeitsethos und dem industriegesellschaftlichen Arbeitsbegriff des 19. Jahrhunderts angelehnt haben, der nach wie vor für die Sozialdemokratie (SPD wie Linke) prägend ist.

Grüne Ziele sollten hierbei auch wieder langfristig formuliert werden: Freiheit und Selbstbestimmung müssen in das Zentrum des Sozialstaates treten, nicht um diesen zu schleifen, sondern sein altes Versprechen wieder neu einzulösen und um eine tatsächliche soziale Garantie anzustreben. Gleiche Start- und Lebenschancen (etwa im Bildungssystem) sind hierbei ebenso zentral, wie die Entwicklung gegenwärtig noch paternalistischer Grundsicherungsmodelle hin zu einem *emanzipatorischen Grundeinkommen*. Nicht die Klasse, die Arbeiterschaft oder das Milieu sollten hierbei die Adressaten Grüner Politik sein, sondern die Gesellschaft in ihrer tatsächlichen Pluralität. Solch ein *solidarischer Individualismus* fußt weder

im konservativen Begriff der Gemeinschaft, noch im traditionell sozialdemokratischen Begriff der Klasse. Er würde die Formel Grüner Eigenständigkeit mit Leben füllen und den tatsächlichen Eigensinn der Partei auf einer Hauptentwicklungslinie dieser Gesellschaft begründen.

XI

Freiheit als Grüne Aufgabe

Diese Gesellschaft nicht in Zwänge treiben zu lassen, die eine weitere Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen unweigerlich nach sich ziehen würde; diese Gesellschaft nicht weiter nach außen abzuschotten und nach innen nicht nach der Maßgabe vorgegebener Lebensmodelle und eines vollkommen aus den Fugen geraten Sicherheitsbegriffs zu regulieren und zu kontrollieren; diese Gesellschaft zu einer wahrhaft inklusiven Gesellschaft zu machen, in der die Lebens- und Freiheitschancen von immer mehr Menschen nicht unter den Zwängen purer sozialer Existenzängste und wirtschaftlicher Vermachtung zerstört werden – dies ist der Grüne Dreiklang von Ökologie, Gerechtigkeit und Freiheit, der am Ende nur die Freiheit selbst als oberstes Ziel haben kann. Dies ist die Grüne Aufgabe. Nicht, dass die Grünen dafür wieder Vertrauen zurückgewinnen müssten, sie müssen den Menschen wieder vermitteln, dass sie ihnen ein grundsätzliches Vertrauen

entgegenbringen, das eigene Leben selbstbestimmt und in Verantwortung für die Zukunft und den Mitmenschen führen zu können. Solch eine Gemeinwohlorientierung ergibt sich nicht aus einer Ideologie, einem Bewusstseinszustand oder einer wie auch immer gearteten Konstruktion von Identität. Sie ergibt sich aus dem ethischen Grundprinzip, für *die Freiheit aller* als die in einer Gesellschaft größtmögliche Abwesenheit von Zwang einzutreten.

Grüne Toleranz endet immer dort, wo durch Herrschaftstechnologien wie der Atomkraft, wo durch Bevormundung und Kontrolle, wo durch Gewaltanwendung und Willkür und nicht zuletzt wo durch die Zerstörung unserer aller Lebensgrundlagen die Freiheit selbst in Gefahr ist, denn: „Leben verspricht Freiheit. Wo kein Leben ist, kann sich auch keine Freiheit mehr entwickeln“ (Karl-Hermann Flach). So zeichnet sich nach dem Rückschlag im Jahr 2013 für die Grünen wohl deutlicher als bisher ab, dass ein solcher Freiheitsbegriff der entscheidende politische Hebel sein könnte, um eine nicht mehr erneuerungsfähige Sozialdemokratie als progressive Kraft abzulösen und sich damit mittelfristig auch wieder fundierte Machtoptionen im Bund zu erarbeiten. Das größte Hindernis für solch einen Schritt, der daher auch für so manch einen vielleicht noch vermessen oder verwegen erscheinen mag, ist der „Sozialdemokrat in einem selbst“. Doch wäre die – auch innere – Ablösung davon nur ein weiterer logischer Schritt. Wenn sich weite Teile der Grünen bereits von kommunistischen und sozialistischen Vorstellungen

abgelöst haben, ohne dabei die Idee der Emanzipation des Menschen aufzugeben, warum sollte dann nicht auch die Ablösung vom Paternalismus und Etatismus der Sozialdemokratie gelingen? Nicht um in die Arme der Konservativen zu fallen, sondern um ein für allemal die Ansicht zu widerlegen, dass eine Programm- und Konzeptpartei ihr Programm und ihr Konzept aufgeben muss, um in der bundesdeutschen Parteienlandschaft auch machtpolitische Eigenständigkeit zu erlangen.

Robert Zion ist Mitglied im Landesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen und dort Sprecher für politische Ökologie, Wirtschaft und technischen Umweltschutz

Kontakt:

robert.zion@gruene-nrw.de/Tel.: 0211-386660
robert.zion@02.blackberry.de/Tel.: 0176-24711907